

Antrag 170/II/2018**Forum Netzpolitik****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Transparenz in der politischen Werbung auf digitalen Plattformen**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregie-
 2 rung und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefor-
 3 dert, sich dafür einzusetzen, dass Anbieter von digitalen
 4 Plattformen, wie Suchmaschinen oder Social Web:

- 5
- 6 1. jede bezahlte politische Werbung eindeutig kenn-
 7 zeichnen,
- 8 2. die komplette Anzeige (alle Medien) und die einge-
 9 setzten Werbekosten an ein zentrales Register mel-
 10 den.
- 11 3. Das Register soll öffentlich einsehbar und maschi-
 12 nenlesbar sein.

13

14

Begründung

16 Digitale Kommunikation ist fester Bestandteil der politi-
 17 schen Arbeit geworden. Im vergangenen US-Wahlkampf
 18 haben die beiden Spitzenkandidat*innen allein für
 19 Facebook-Anzeigen 81.000.000 US-Dollar ausgege-
 20 ben. Anders als etwa bei TV-Werbung ist die Werbung
 21 im digitalen Raum noch regulatives Neuland. Dabei
 22 ist gerade politische Werbung auf Plattformen eine
 23 Herausforderung für die Demokratie:

24 Wähler lassen sich über Microtargeting gezielt und indi-
 25 viduell ansprechen, d. h. durch das Einstellen bestimmter
 26 Merkmale, wie Vorlieben, Alter, Wohnort, etc. wird nur ein
 27 kleiner bestimmter Teil der Bürger angesprochen. Über so-
 28 genannte Dark Ads werden Botschaften nur bestimmten
 29 Bürger angezeigt, niemand anderes bekommt diese zu se-
 30 hen. Anders als beim Wahlplakat oder TV-Spot; auch hier
 31 spreche ich eine Zielgruppe an, aber jeder andere Bürger
 32 kann die Botschaft ebenfalls transparent angucken. Fake
 33 News und Hetze wird durch Dark Ads Tür und Tor geöff-
 34 net. Durch intransparente Geldflüsse kann jede*r politi-
 35 sche Werbung betreiben, egal ob Partei, Verein, Privatper-
 36 son oder ausländische Staaten. Wir wollen politische Wer-
 37 bung auf digitalen Plattformen nicht verbieten. Sie bieten
 38 Chance für die Demokratie, z. B. für den Ortsverein, der ge-
 39 zielt Mitmenschen aus der Nachbarschaft einladen kann
 40 oder Kandidat*innen, die so einen weiteren Weg haben
 41 mit Mitmenschen ins Gespräch zu kommen.

42 Wir wollen politische Werbung auch im digitalen Raum ei-
 43 ner gesellschaftlichen Kontrolle stellen, wie wir es in allen
 44 anderen Bereichen auch tun.

45 Mit einer Kennzeichnung politischer Werbung, egal ob
 46 durch Partei oder Verein, schaffen wir Transparenz für den
 47 Nutzer. So wie im Fernsehen oder auf Plakaten erken-
 48 nen Menschen auf einen Blick, etwa durch einen Schrift-
 49 zug, den politischen Kontext. Durch die Hinterlegung aller

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

(LPT II/2018: Rücküberweisung an Antragsteller zwecks
 Konkretisierung)

**Konkretisierung zu Antrag 170/II/2018 des Forum Netzpo-
 litik:****Transparenz in der politischen Werbung auf digitalen
 Plattformen**

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregie-
 rung und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefor-
 dert, sich dafür einzusetzen, dass:

1. Anbieter von digitalen Plattformen, wie Suchma-
 schinen oder Social Web, bezahlte politische Wer-
 bung eindeutig kennzeichnen müssen, sowie
2. die komplette Anzeige (alle Medien) und
3. die eingesetzten Werbekosten an ein zentrales Re-
 gister melden.

Das Register soll öffentlich einsehbar und maschinenles-
 bar sein. Kennzeichnung und Meldung liegen in der Ver-
 antwortung der Plattformen. Das zentrale Register als
 transparenzschaftende Maßnahme der Parteienfinanzie-
 rung beim Präsidenten des Deutschen Bundestages ange-
 siedelt.

50 Werbung schaffen wir Transparenz, gegen Dark Ads oder
51 Microtargeting. Jeder Bürger hat ein Recht zu sehen, mit
52 welchen Botschaften und Aussagen Wahlkampf und poli-
53 tische Arbeit getätigt wird.

54 Durch Hinterlegung der Werbekosten wird Wahlkampffin-
55 nanzierung wieder transparent und nachprüfbar. In den
56 vergangenen Wahlkämpfen kam es auch in Deutschland
57 zu versteckter Parteienfinanzierung durch Vereine, die im
58 digitalen Raum verdeckt Wahlwerbung finanziert haben.
59 Aus den USA kennen wir diese Entwicklung hin zu Super-
60 paks bereits. Hier wollen wir von Anfang an Transparenz,
61 welche Vereine und Akteure bestimmte Parteien finan-
62 zieren. Dabei ist wichtig, dass die Plattformen möglichst
63 automatisiert diese Informationen hinterlegen. Man kann
64 nicht jedem Ortsverein zumuten, jede bezahlte Werbung
65 einzeln einzutragen.

66

67 Das zentrale Register soll sowohl öffentlich als auch ma-
68 schinenlesbar gestaltet werden, damit nicht nur Bürger
69 einen Zugang haben, sondern gerade Wissenschaftler*in-
70 nen und Journalist*innen die große Datenmenge auswer-
71 ten können.

72

73 Das Ziel des Antrages ist ein Beitrag zur Transparenz der
74 Parteienfinanzierung. Deshalb ist das Register beim Prä-
75 sidenten des Deutschen Bundestages anzusiedeln. Mel-
76 dungen an das Register erfolgen direkt durch die digitalen
77 Plattformen.